

Die Resolution „Wasser ist ein Menschenrecht“ wurde um den „fett“-gedruckten Teil ergänzt und durch den ALNU am 30.04.2013 einstimmig verabschiedet:

Das Recht auf Wasser sowie das Recht auf sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen. Eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft muss als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein. Nur in öffentlicher Hand ist das auch dauerhaft möglich.

Der Kreistag des Landkreises Nienburg/Weser spricht sich daher nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen. Die Wasser- und Abwasserwirtschaft dürfen nicht der Binnenmarktregelung unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft bzw. Wasser als „Lebensmittel Nr. 1“ ist von der Liberalisierung auszuschließen.

Wir fordern daher die Europäische Union auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Wasserversorgung sowie die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantieren. Das Recht auf Wasser und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft gehen vor Marktinteressen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, ihren ablehnenden Beschluss zu den Anträgen der Fraktionen SPD „Kommunale Wasserversorgung stärken – Ausschreibungspflicht bei Dienstleistungskonzessionen für den Bereich Wasser“ ablehnen, (Drucksache 17/12519, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Keine Privatisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür“ (Drucksache 17/12394) und Die Linke „Wasser ist Menschenrecht – Privatisierung verhindern“ (Drucksache 17/12482) aufzugeben und sich gegen die Liberalisierung der Wasserversorgung auszusprechen.

Ebenso fordern wir die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission in der bestehenden Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen. Der derzeitige im Niedersächsischen Landtag beratene Antrag zur Verhinderung der Privatisierung der Wasserversorgung wird unterstützt (Drucksache 17/26).